
Vorsitz: Bulgarien**483. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 24. Mai 2006

Beginn: 11.10 Uhr

Schluss: 12.55 Uhr

2. Vorsitz: P. Poptschew
G. Georgiew

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

(a) *Projekte in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen in Belarus:* Spanien
(Anhang 1), Belarus, Vereinigtes Königreich

(b) *Informationsaustausch zum Verhaltenskodex:* Moldau (Anhang 2), Russische
Föderation

Punkt 2 der Tagesordnung: INFORMATION DURCH BOTSCHAFTER
LAMBERTO ZANNIER ÜBER SEINE
KONSULTATIONEN AM AMTSSITZ DER
VEREINTEN NATIONEN IN NEW YORK

Direktor des Konfliktverhütungszentrums (SEC.GAL/81/06 OSCE+), Vorsitz,
Russische Föderation, Bosnien und Herzegowina

Punkt 3 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

(a) *Vortrag von I. Vikki, Leiter des OSZE-Zentrums in Almaty, über die Aktivitäten
des Zentrums im Bereich der politisch-militärischen Dimension:* Leiter des
OSZE-Zentrums in Almaty, Vorsitz, Kasachstan, Schweden

(b) *Vortrag des OSZE-Zentrums in Duschanbe über die Umsetzung von Phase II
des Programms für Tadschikistan betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen
und konventionelle Munition:* OSZE-Zentrum in Duschanbe, Vorsitz,

Frankreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Niederlande, Norwegen,
Slowenien, Finnland, Schweden, Koordinator für Kleinwaffen und leichte
Waffen (Schweden), Tadschikistan, Vorsitz

Punkt 4 der Tagesordnung: SCHREIBEN DES VORSITZES DES FORUMS FÜR
SICHERHEITSKOOPERATION AN DEN VORSITZ
DES STÄNDIGEN RATES ÜBER EINE LISTE
POLITISCH-MILITÄRISCHER ELEMENTE FÜR
DIE JÄHRLICHE SICHERHEITSÜBERPRÜFUNGS-
KONFERENZ (ASRC) 2006

Vorsitz

Das Forum für Sicherheitskooperation vereinbarte, das Schreiben des Vorsitzes des
Forums für Sicherheitskooperation an den Vorsitz des Ständigen Rates über eine
Liste politisch-militärischer Elemente für die Jährliche Sicherheitsüberprüfungs-
konferenz (ASRC) 2006 (FSC.DEL/181/06/Rev.1 OSCE+) weiterzuleiten.

Punkt 5 der Tagesordnung: SONSTIGES

Keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 7. Juni 2006, 10.00 Uhr im Neuen Saal



483. Plenarsitzung

FSC-Journal Nr. 489, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION SPANIENS

Herr Vorsitzender,

ich möchte eine Erklärung im Zusammenhang mit dem Hilfeersuchen von Belarus im Rahmen des SALW-Dokuments abgeben.

Die Delegationen werden sich daran erinnern, dass mein Botschafter am 5. Oktober 2005 eine kurze Erklärung abgegeben hat, die als FSC.DEL/470/05 vom 6. Oktober 2005 verteilt wurde; in dieser Erklärung kündigte er den Beginn eines Verfahrens zur Aufbringung von Mitteln als Beitrag Spaniens zur Durchführung des Projekts an, damit die vor einiger Zeit begonnene Arbeit an der Ausarbeitung des Projekts zur Verbesserung der Verwaltung und Sicherung von SALW-Lagerbeständen in Belarus fortgesetzt werden kann, an der sich spanische Experten gemeinsam mit britischen und schweizerischen sowie mit Experten des KVZ beteiligt hatten.

Heute kann ich erfreulicherweise mitteilen, dass die spanische Regierung in der Ministerratssitzung vom 19. Mai einen freiwilligen Beitrag von einhunderttausend Euro (100.000 Euro) für dieses Projekt in Belarus genehmigt hat; dieser Betrag wird über das UNDP angewiesen, sobald das zwischen der OSZE und dem UNDP in Aushandlung befindliche Memorandum of Understanding gebilligt wurde und sichergestellt ist, dass der Mindestbetrag von 500.000 Euro an Spenden vorhanden ist, der die Umsetzung des Projekts ermöglichen wird.

Wir hoffen, dass die 500.000 Euro schon bald zur Verfügung stehen werden.

Ich ersuche Sie, Herr Vorsitzender, meine Erklärung dem Sitzungsjournal anzuschließen.

Vielen Dank.



483. Plenarsitzung

FSC-Journal Nr. 489, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MOLDAUS

Herr Vorsitzender,

ich möchte die Aufmerksamkeit der Teilnehmerstaaten des Forums für Sicherheitskooperation auf den von der Russischen Föderation am 2. Mai 2006 vorgelegten Informationsaustausch zum Verhaltenskodex lenken. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang, die verehrten Delegationen in diesem Forum an die Klarstellungen zu erinnern, die die moldauische Delegation zu den von der Russischen Föderation verteilten Informationen zum Fragebogenpunkt „Stationierung von Streitkräften im Hoheitsgebiet eines anderen Teilnehmerstaats gemäß frei ausgehandelten Vereinbarungen und im Einklang mit dem Völkerrecht“ getroffen hat. Die Erklärungen der moldauischen Delegation in der FSK-Sitzung vom 24. November 2004 (Beilage 1), auf dem Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung am 9. März 2005 (Beilage 2) sowie auf der FSK-Sitzung vom 11. Mai 2005 (Beilage 3) enthielten eine unmissverständliche Beurteilung der moldauischen Behörden hinsichtlich der von der Russischen Föderation als Rechtsbasis für ihre illegale Militärpräsenz im Hoheitsgebiet der Republik Moldau angeführten Dokumente, die jeglicher Relevanz entbehren.

Wir stellen mit tiefem Bedauern fest, dass der von der Russischen Föderation am 2. Mai 2006 vorgenommene Informationsaustausch zum Verhaltenskodex aus offensichtlichen Gründen ein weiteres Mal keine geeignete Antwort gegeben hat und der Verbreitung von Verwirrung und der Irreführung diene.

Herr Vorsitzender,

Im Hinblick auf die bevorstehende KSE-Überprüfungskonferenz können wir nur neuerlich feststellen, dass die russische Militärpräsenz im Hoheitsgebiet Moldaus gegen den Willen der moldauischen Behörden unter Missachtung der Verfassung der Republik Moldau (Artikel 11) fortgeführt wird. Der im KSE-Vertrag (Artikel IV Absatz 5) festgelegte Grundsatz, dass zur Stationierung ausländischer Streitkräfte die Zustimmung des Gastlandes erforderlich ist, wird von der Russischen Föderation weiterhin missachtet. Wir fordern die Russische Föderation neuerlich auf, den Abzug ihrer Truppen und Munition gemäß den auf dem OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul 1999 eingegangenen Verpflichtungen wieder aufzunehmen und abzuschließen.

Danke, Herr Vorsitzender.

FSC.JOUR/489

24. Mai 2006

Anhang 2

Beilage 1

DEUTSCH

Original: ENGLISCH

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MOLDAUS

24. November 2004

Danke, Herr Vorsitzender,

nach sorgfältiger Prüfung des von den Teilnehmerstaaten vorgenommenen Informationsaustauschs zum Verhaltenskodex möchte ich das Forum auf dieselben Elemente der von der Russischen Föderation verteilten Informationen aufmerksam machen.

In Punkt 3 des Fragebogens, „Stationierung von Streitkräften im Hoheitsgebiet eines anderen Teilnehmerstaats gemäß frei ausgehandelten Vereinbarungen und im Einklang mit dem Völkerrecht“, führt die Russische Föderation als Rechtsgrundlage für die russische Militärpräsenz im Hoheitsgebiet der Republik Moldau das am 10. Juli 2001 zwischen der Bundesagentur für Regierungskommunikation und -information und der Dienststelle für Information und Sicherheit der Republik Moldau abgeschlossene Abkommen über die Zusammenarbeit beim Schutz von Informationen an, und dies ist die einzige in diesem Zusammenhang angegebene Vereinbarung.

Nach Ansicht unserer Experten begründet dieses Dokument einen Kooperationsrahmen in einem völlig anderen Bereich und kann keinesfalls als Rechtfertigung für die russische Militärpräsenz in der Republik Moldau herangezogen werden. Unsere Delegation wäre diesbezüglich für eine Klärung zu dieser Frage seitens unserer russischen Kollegen dankbar.

Danke.

FSC.JOUR/489

24. Mai 2006

Anhang 2

Beilage 2

DEUTSCH

Original: ENGLISCH

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MOLDAUS

9. März 2005

Arbeitssitzung 2: Wirkungsweise und Durchführung anderer im FSK vereinbarter Maßnahmen/Dokumente: Klärung, Beurteilung und Schlussfolgerungen – Verhaltenskodex

Herr Koordinator,

Am 24. November letzten Jahres machte unsere Delegation auf der Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation die Teilnehmerstaaten auf gewisse Elemente des von der Russischen Föderation verteilten Informationsaustauschs zum Verhaltenskodex aufmerksam.

In Punkt 3 des Fragebogens, „Stationierung von Streitkräften im Hoheitsgebiet eines anderen Teilnehmerstaats gemäß frei ausgehandelten Vereinbarungen und im Einklang mit dem Völkerrecht“, führt die Russische Föderation als Rechtsgrundlage für die russische Militärpräsenz im Hoheitsgebiet der Republik Moldau das am 10. Juli 2001 zwischen der Bundesagentur für Regierungskommunikation und -information und der Dienststelle für Information und Sicherheit der Republik Moldau abgeschlossene Abkommen über die Zusammenarbeit beim Schutz von Informationen an, und dies ist die einzige in diesem Zusammenhang angegebene Vereinbarung.

Nach Ansicht unserer Experten begründet dieses Abkommen einen Kooperationsrahmen in einem völlig anderen Bereich und kann keinesfalls als Rechtfertigung für die russische Militärpräsenz in der Republik Moldau herangezogen werden. Diesbezüglich ersuchte unsere Delegation damals um entsprechende Klarstellungen. Nach über drei Monaten warten wir noch immer auf eine Antwort.

Herr Vorsitzender, lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch wiederholen, dass die Präsenz der russischen Truppen in Moldau dem Willen des Staates zuwiderläuft, einen Verstoß gegen die allgemein anerkannten internationalen Normen und Prinzipien darstellt und von den moldauischen Behörden als eine illegale Präsenz ausländischer Streitkräfte in unserem Hoheitsgebiet angesehen wird.

Danke.

FSC.JOUR/489

24. Mai 2006

Anhang 2

Beilage 3

DEUTSCH

Original: ENGLISCH

ERKLÄRUNG DER DELEGATION MOLDAUS

11. Mai 2005

Herr Vorsitzender,

Ich möchte das Forum darüber informieren, dass unsere Experten in der Hauptstadt den zuletzt von den Teilnehmerstaaten durchgeführten Informationsaustausch zum Verhaltenskodex weiter prüfen, dass jedoch schon jetzt einige Schlussfolgerungen daraus gezogen werden können. Diesbezüglich möchte ich die Aufmerksamkeit der verehrten Delegierten auf die von der Russischen Föderation verteilten Informationen lenken. Wie vielleicht erinnerlich, ersuchte unsere Delegation letztes Jahr um entsprechende Klärstellungen zu Punkt 3 des Fragebogens, „Stationierung von Streitkräften im Hoheitsgebiet eines anderen Teilnehmerstaats gemäß frei ausgehandelten Vereinbarungen und im Einklang mit dem Völkerrecht“. Damals gab die Russische Föderation als Rechtsgrundlage für die russische Militärpräsenz im Hoheitsgebiet der Republik Moldau das russisch-moldauische Abkommen über die Zusammenarbeit beim Schutz von Informationen an.

Bei der Prüfung des aktuellen Informationsaustauschs stellten wir fest, dass die Russische Föderation im Vergleich zur früheren Information gewisse Änderungen vorgenommen hat – anstelle des oben erwähnten Abkommens sind nun drei andere Dokumente angeführt:

- das Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Republik Moldau über die Grundsätze der friedlichen Beilegung des Konflikts in der transnistrischen Region der Republik Moldau (21. Juli 1992)
- das Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Republik Moldau über den Rechtsstatus, die Reihenfolge und den Zeitpunkt des Abzugs der vorübergehend im Hoheitsgebiet der Republik Moldau stationierten militärischen Truppenteile der Russischen Föderation (21. Oktober 1994)
- das Abkommen zwischen der Russischen Föderation und der Republik Moldau über Fragen der Hoheitsgewalt und der gegenseitigen Rechtshilfe bei den Problemen in Verbindung mit den vorübergehend im Hoheitsgebiet der Republik Moldau stationierten militärischen Truppenteilen der Russischen Föderation (21. Oktober 1994)

Herr Vorsitzender,

wir stellen mit Bedauern fest, dass die Russische Föderation aus offensichtlichen Gründen erneut keine adäquate Antwort gegeben hat. Ich möchte im Bewusstsein der vollen Verantwortlichkeit feststellen – die Republik Moldau betrachtet keines der oben genannten Dokumente als Rechtsgrundlage für die russische Militärpräsenz in ihrem Hoheitsgebiet. Das Abkommen von 1992 sieht Maßnahmen für den ehestmöglichen und vollständigen Waffenstillstand vor, unter anderem durch die Stationierung eines Truppenkontingents in der Sicherheitszone, und regelt jedenfalls nicht den Status der russischen Streitkräfte. Die anderen beiden Abkommen sind, wie es im Informationsaustausch richtig heißt, noch nicht in Kraft getreten und haben somit keinerlei Rechtswirkung auf die ausländische Militärpräsenz in Moldau. Wir hoffen, dass dieses Argument für alle Delegationen einsichtig und logisch ist.

Herr Vorsitzender, lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch wiederholen, dass die Präsenz der russischen Truppen in Moldau dem Willen des Staates zuwiderläuft, einen Verstoß gegen die allgemein anerkannten internationalen Normen und Prinzipien darstellt und von den moldauischen Behörden als eine illegale Präsenz ausländischer Streitkräfte in unserem Hoheitsgebiet angesehen wird. Wir erwarten den vollständigen und bedingungslosen Abzug der russischen Streitkräfte aus Moldau im Einklang mit den einschlägigen Beschlüssen von Istanbul.

Danke.